

Frieden statt Hass

von Ernst-Ulrich von Weizsäcker

Mai 2024

Frieden 2.0
Erhard-Eppler-Kreis

Am 23.5.2024 hat der frühere britische Staatsminister für Europa, Denis MacShane in der Serie „The Globalist“ geschrieben:

„The New Politics of Hate“. Wir sollten diese Gefahr sehr ernst nehmen!

Die Europäische Union und die transatlantische Freundschaft

Die Parlamentswahl in der EU markiert eine Verschlechterung. Die Politik des Hasses breitet sich aus. Allerdings sind die jungen AfD-Wähler von TikTok-Lawinen verdimmt worden. Hässlich ist der Rechtsruck der Wahl vor allem in Frankreich, Italien und Deutschland. Die guten alten Tage, in denen die EU das politische Vorbild auch für andere Erdteile war, sind fürs Erste vorbei.

Aber was war das Vorbild? Ganz einfach: Europäische Länder, die über Jahr-hunderte immer wieder Kriege miteinander führten, sind nach dem 2. Weltkrieg endlich übereingekommen, in Frieden zu kooperieren. Gemeint waren insbesondere Frankreich und Deutschland (noch ohne Ostdeutschland). Man baute unter Frankreich, Deutschland und Italien und den Benelux-Staaten eine neue wirtschaftliche Zusammenarbeit auf, begonnen 1951 mit der europäischen Montan-union. Frieden anstelle von Kampf und Hass war das Motto. 1957 wurde mit dem Europäischen Vertrag aus der Montanunion die Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG). Einige Jahre später, auch mit Großbritannien, hieß es die EG, und schließlich, 2009, die Europäische Union, kurz EU. Also politische Freundschaft, nicht nur Wirtschaft!

Westeuropa entwickelte sich schon kurz nach dem Weltkrieg in Freundschaft mit den USA, die Westeuropa großzügig und politisch unterstützten. Weltpolitisch und einige Jahre später war es von großer Bedeutung, dass die europäischen Kolonialländer erkannten, dass man den Kolonien endlich den Status selbst-ständiger Nationen überlässt.

Die westliche Politik folgte den Prinzipien der Demokratie, also keineswegs der Diktatur des Ostens. Klarer Gegner der EWG und den USA, war das russische diktatorische Sowjetreich. Die Sowjetunion machte die osteuropäischen Länder zu Untertanen. Es entstand ein „Kalter

Krieg“ zwischen Ost und West. Auf beiden Seiten gab es Stimmen, die sogar vor einem 3. Weltkrieg warnten.

„Wandel durch Annäherung“, und das Ende des Kalten Krieges

Schließlich aber gab es Schritte des „Wandels durch Annäherung“ und der Entspannungspolitik, besonders durch Bundeskanzler Willy Brandt. West-Europa galt weltweit als Quelle der friedlichen Koexistenz.

Dies beeindruckte mehr und mehr Intellektuelle in der Sowjetunion. Schließlich kam die Friedensorientierung auch zur politischen Spitze: Der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow begann mit einer ausdrücklichen Friedenspolitik. Er tolerierte sogar das Ende der Sowjetunion und suchte nach Weltfrieden. Er akzeptierte auch die Eingliederung der osteuropäischen Länder in die EU, – jedoch unter Vermeidung der NATO-Osterweiterung.

Das Ende des Kalten Krieges war ein Segen für Europa und die Welt. Eine der für unseren Planeten besonders wichtige Entwicklung war der weltweite Gedanke an die Umwelt und schließlich des Klimas. Die Vereinten Nationen organisierten schon 1972 ihre erste Umweltkonferenz in Stockholm; da ging es um die Besserung der schlechten Qualität von Luft, Wasser und Böden. 1992, also nach dem Kalten Krieg, kam es in Rio de Janeiro zum „Erdgipfel“, wo der Klimaschutz eine herausragende Bedeutung bekam.

Die Friedensorientierung sah so aus, als seien die kriegerischen Jahrhunderte und Jahrzehnte vorbei. Dies stellte sich jedoch als zu optimistisch heraus.

Neuer Nationalismus

Ein neuer Trend ist die Ablehnung dessen, was die Entspannungspolitik, ja die Weltpolitik mit sich brachte. In den klassischen Industrieländern (USA, Japan, EU-Ländern) stagnierte die lokale Bevölkerungszahl, und man akzeptierte die Einwanderung von fleißigen Arbeitern, Putzfrauen, Pflegepersonal. Und aus Afrika und den lateinamerikanischen Staaten kamen Tausende, ja Millionen Menschen an die Grenzen der reichen Länder und wollten „herein“. Die Zahl dieser Einwanderer nahm rasant zu. Und alsbald entstand eine immer lauter werdende Stimmung dagegen. Dies wurde besonders für die USA und viele Länder Europas zum Dauerthema. Japan machte sogar strikte Begrenzungen von Einwandern.

Eine bequeme Art, sich gegen zusätzliche Einwanderer auszusprechen, war ein neuer Nationalismus. Dieser betonte, dass die Menschen im Land die Nation verkörpern, nicht aber die Einwanderer. Historisch war es irgendwie plausibel: die in einem Land lebenden

Menschen hatten ein gemeinsames Denken, gemeinsame Bildung und oft gemeinsame Sprachen.

Der neue Nationalismus wurde jedoch so dogmatisch, dass er die Ablehnung, ja sogar den Hass gegenüber Einwanderern wichtiger fand als den Aufbau und Sicherung des Friedens. Das ist ein wesentlicher neuer Zustand Europas.

„Der Westen“ ist nicht mehr das Zentrum

Jahrhunderte lang war das Zentrum der politischen Macht auf dem Erdball „der Westen“. Europäische Länder haben Nord- und Südamerika, auch Afrika, und große Teile Asiens beherrscht. Auch die Gründung der Vereinten Nationen, im Jahr 1945, war noch weitgehend „westlich“: Die fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates waren die USA, Frankreich, Großbritannien, sowie Russland und China. Die drei erstgenannten repräsentierten eindeutig den Westen. Und Russlands Hauptstadt Moskau lag in Europa, also im westlichen Erdteil.

Ziel der Vereinten Nationen war in erster Linie der Frieden. Die UNO-Charta beginnt mit den Worten: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“, ...

In den anschließenden Jahrzehnten hat sich jedoch das Gewicht des Westens im Vergleich zu anderen Ländern verkleinert. China wurde immer reicher und mächtiger. Auch Indien wurde deutlich wichtiger. Beide Länder entwickelten zusammen mit Russland sowie Brasilien und Südafrika die BRICS-Gemeinschaft, die 45 % der Weltbevölkerung und 34 % des Weltwirtschaftsprodukts ausmacht. Kürzlich wurden auch Ägypten, Iran, Äthiopien und die Vereinigten Arabischen Emirate in der BRICS-Gruppe aufgenommen.

Die Gründung der BRICS-Gruppe hatte eindeutig das Ziel, die Vorherrschaft „des Westens“ zu überwinden. Ein erster Schritt war die Gründung einer welt-weit operierenden Finanzinstitution außerhalb der in den USA angesiedelten Weltbank einzurichten. Und Russland sah in der Ukraine ein ärgerliches „West-Land“. Für China waren die riesigen russischen Bodenschätze ein starker Grund zur Freundschaft mit Russland, während für China die USA mit Japan, Südkorea und Taiwan ein hässliches Ärgernis im chinesisches-pazifischen Raum wurde. Auch Afrika und der arabische Raum wurden mehr und mehr als Freunde gegen den „bösen Westen“ formuliert.

Für uns Europäer, die USA, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland gilt es daher, politisch zusammenzuhalten. Der Ukrainekrieg ist für uns im Westen sehr schlimm. Und der tödliche

Streit zwischen Israel und dem arabischen Raum wird als ebenfalls als West-Ost-Krieg wahrgenommen. Die beiden militärisch stärkeren Kämpfer (Russland und Israel) sollten dringend unter Druck des „Westens“ eine Lösung akzeptieren, die zum Frieden führt. Nicht nur für Europa muss das Ziel Frieden statt Hass wieder erstrangig werden.

Kurzum: Frieden statt Hass ist das, was unser Planet braucht!

Über den Erhard-Eppler-Kreis „Frieden 2.0“

Der Erhard-Eppler-Kreis "Frieden 2.0" ist ein politischer Arbeitskreis, den Erhard Eppler noch kurz vor seinem Tod ins Leben gerufen hat. Er entstand aus Sorge über die Gefahren, die durch die Aufkündigung des INF-Vertrags durch die USA im Jahr 2019 entstanden sind. Der Kreis führt das Erbe von Erhard Eppler fort, organisiert Veranstaltungen, arbeitet mit Institutionen zusammen und fördert den Dialog mit politischen Entscheidungsträgern mit dem Ziel, die Mechanismen des Friedens verständlich zu machen.

Erhard Eppler (1926-2019) war ein deutscher SPD-Politiker, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1968-1974), Bundestagsabgeordneter (1961-1976), Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg (1976-1982), und eine bedeutende Persönlichkeit der Friedensbewegung der 1980er Jahre, zudem engagiert im Umfeld der evangelischen Kirche.